



**BERNHARD  
SEIDENATH**   
Für das Dachauer Land  
im Landtag

# Newsletter

**Newsletter aus dem Landtag von Bernhard Seidenath, MdL, 10.07.2015**

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Parteifreunde,

in dieser Woche stand erneut die Asylpolitik im Fokus: Der Präsident des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge, Dr. Manfred Schmidt, war zu Gast in unserer Fraktionssitzung.

Der CSU-Kreisverband Dachau hat sich in den letzten Wochen und Monaten zum Thema Migration und Flüchtlinge Gedanken gemacht und ein Thesenpapier erarbeitet, das Sie im vorletzten Absatz meines heutigen Newsletters lesen können.

Die Berufsschule Dachau erhält eine besondere Wertschätzung durch das Kultusministerium für ihr vorbildliches Engagement bei der Betreuung von jugendlichen Asylbewerbern. Dazu mehr im letzten Artikel meines Newsletters.

Außerdem haben wir uns in der Plenarsitzung mit der Energiewende beschäftigt sowie Verbesserungen für psychisch Kranke im Maßregelvollzug beschlossen.

Ich wünsche Ihnen nun eine gedeihliche Lektüre und grüße Sie freundlich  
Ihr



Bernhard Seidenath

## **BAMF-Präsident Dr. Manfred Schmidt berichtet über Asylpolitik**

Der Präsident des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF), Dr. Manfred Schmidt, berichtete in der Fraktionssitzung diese Woche über die aktuelle Flüchtlingssituation und Perspektiven in der Asylpolitik.

Eklatant steigende Zugangszahlen, verstärkte Zuwanderung aus den Balkanstaaten und das häufig nicht eingehaltene Dublin-III-Verfahren, das eigentlich den für ein Asylverfahren zuständigen Staat festlegt: Diese drei Aspekte tragen nach Ansicht Schmidts entscheidend zur aktuell dramatischen Lage im Asylbereich bei.

Dabei sei der wachsende Zustrom aus den Krisenregionen laut Schmidt nicht das Hauptproblem. Die Hälfte der Flüchtlinge stamme jedoch aus sicheren Herkunftsländern, vor allem den Balkanstaaten. Außerdem, so Schmidt, sei Deutschland auf Grund der Dublin-III-Verordnung für 20 Prozent aller Verfahren überhaupt nicht zuständig.

[Weiterlesen](#) Pressemitteilung zum [Thema](#)

## **Plenarsitzung am 8. Juli 2015**

Zu diesen Themen hat die CSU-Fraktion diese Woche Dringlichkeitsanträge ins Plenum eingebracht:

- Weichenstellung für eine erfolgreiche Umsetzung der Energiewende in [Bayern](#)
- Unterrichtsversorgung angesichts der steigenden Zahl von Flüchtlingen und Asylsuchenden weiterhin [sicherstellen](#)
- Sicherer Betrieb von [Biogasanlagen](#)
- Schnelles Internet für [Gewerbegebiete](#)
- Nachbesserungen beim [Krankenhausstrukturgesetz](#)
- Außerdem hat der Landtag Verbesserungen für psychisch Kranke im Maßregelvollzug sowie Verbesserungen der Arbeitsbedingungen und der Vereinbarkeit von Familie und Beruf im öffentlichen Dienst beschlossen:
  - Gesetzentwurf [Maßregelvollzug](#)
  - Gesetzentwurf öffentlicher [Dienst](#)

## **CSU-Fraktion begrüßt Berliner Strom-Entscheidungen**

„Die Beschlüsse der Koalition zum Strommarkt schaffen Versorgungssicherheit für Bayern, einen einheitlichen Strommarkt sowie eine bürger- und naturfreundliche Führung von Gleichstromleitungen. Sie sind wichtige Meilensteine der Energiewende und positive Ergebnisse des Energiedialogs von Ilse Aigner“. Mit dieser Feststellung reagierte Wirtschaftsausschussvorsitzender Erwin Huber auf die aktuellen Koalitionsentscheidungen zur Energiewende in Berlin.

Vor allem die stärkere Nutzung von bestehenden Trassen und eine vermehrte Nutzung von Erdkabeln sei ein Gewinn für die betroffenen Regionen, betonte Huber.

[Weiterlesen](#)

## **CSU-Fraktion fordert härtere Strafen für verummte Demonstranten**

Die erschreckenden Bilder brennender Autos, zerstörter Geschäfte und des gezielten Angriffs auf eine Polizeiwache bei der Eröffnung der neuen Zentrale der Europäischen Zentralbank in Frankfurt sind vielen Menschen noch allzu gut im Gedächtnis. Als Gesetzgeber müssen wir ein Zeichen setzen, dass wir solche Verhältnisse nirgendwo in Deutschland dulden. Vermummte Gewalttäter – egal ob aus der links- oder rechtsextremistischen Szene – dürfen daher nicht länger mit Samthandschuhen angefasst werden.

„Wer friedlich demonstrieren will, hat kein Problem damit, sein Gesicht zu zeigen“, so Dr. Florian Herrmann, innenpolitischer Sprecher der CSU-Fraktion. Deshalb hat die CSU-Fraktion diese Woche einen Gesetzentwurf zur Änderung des Versammlungsgesetzes eingebracht. Hauptforderung ist, dass die Vermummung in Bayern nicht nur als Ordnungswidrigkeit, sondern wieder als Straftat eingestuft wird.

Gesetzentwurf im [Wortlaut](#)

## **Opposition redet Wasserkraft schlecht und will Komplettüberwachung von Eigentum**

„Wir lassen nicht zu, dass die SPD Betreiber von Wasserkraftwerken pauschal kriminalisiert.“ Das machten Dr. Otto Hünnerkopf und Dr. Martin Huber diese Woche im Umweltausschuss des Bayerischen Landtags deutlich. Hintergrund:

Betreiber von Wasserkraftwerken müssen dafür sorgen, dass trotz Stromerzeugung immer genügend Restwasser im Stausee, beziehungsweise Flussbett bleibt. Die Pläne der SPD-Fraktion für eine Komplettüberwachung der Betreiber lehnt die Landtags-CSU als viel zu weitreichend ab. „Das kann nicht der Weg sein, Wasserkraft in Bayern zu stärken.“

Pressemitteilung zum [Thema](#)

## **BLLV nimmt Vorschlag der Fraktion für späteren Schulbeginn auf**

„Den Start in den Schultag im Rahmen der Ganztagschule flexibel zu gestalten, ist eine gute Idee, die wir als CSU-Fraktion bereits vor einem Jahr auf den Weg gebracht haben“, so Gudrun Brendel-Fischer und Kerstin Schreyer-Stäblein, die beiden Vorsitzenden der Projektgruppe Ganztagschule der CSU-Fraktion.

Simone Fleischmann, die Präsidentin des Bayerischen Lehrer- und Lehrerinnenverbands (bllv) hatte in dieser Woche einen Modellversuch für einen späteren Schulbeginn gefordert. Unter dem Punkt ‚Rhythmisierte Tagesschule‘ ist diese Möglichkeit im Ganztagskonzept bereits explizit herausgehoben: „Wir freuen uns, dass der BLLV unseren Vorschlag nun erneut ins Spiel bringt“, so Schreyer-Stäblein.

[Weiterlesen](#)

## Nachbesserungen beim Krankenhausstrukturgesetz

Nachbesserungen beim Krankenhausstrukturgesetz fordern Bernhard Seidenath, gesundheitspolitischer Sprecher der CSU-Fraktion, und Klaus Holetschek, stellvertretender Vorsitzender des Arbeitskreises Gesundheit und Pflege.

„Die wirtschaftliche Situation der Krankenhäuser muss in den Fokus rücken. Der jetzige Gesetzesentwurf würde die schwierige Erlössituation der Krankenhäuser nicht verbessern“, betonten die CSU-Politiker angesichts der Verhandlungen auf Bundesebene. Die Gesundheitspolitiker der CSU-Fraktion fordern unter anderem die Beibehaltung des Versorgungszuschlags sowie eine weitere Anhebung der Vergütung in der ambulanten Notfallversorgung.

Pressemitteilung zum [Thema](#)      Dringlichkeitsantrag im [Wortlaut](#)

## Unsere Anträge im Juni

Förderung von Elektro-LKWs und Elektro-Bussen, mehr Vorsorge bei psychischen Erkrankungen am Arbeitsplatz oder Flüchtlingspolitik mit Augenmaß - verschaffen Sie sich hier einen Überblick über unsere Anträge und Initiativen des vergangenen Monats!

Unsere [Anträge](#) im Juni

## Die Woche in Bildern

Was war in dieser Sitzungswoche los? Unsere Bildergalerie bringt sie auf den neuesten Stand!

Die Woche in [Bildern](#)

## Zahl der Woche: 700.000

Vom Kulturcamp für Kinder über Filmfestivals bis hin zum Do-it-yourself-Workshop: Aus den Mitteln des Kulturfonds Bayern 2015 können in diesem Jahr 25 kulturelle Projekte im Bereich Bildung und Kultus gefördert werden. Insgesamt 700.000 Euro stehen dafür zur Verfügung.

Das Spektrum der Förderung reicht von kulturellen Projekten über die Erwachsenenbildung bis zur kirchlichen Bildungsarbeit. Die Initiativen werden in Städten wie Bayreuth, Erlangen, Würzburg, Landshut und Eichstätt, überregional oder auch bayernweit durchgeführt.

Die vollständige Liste der geförderten Projekte finden Sie [hier](#)!

## Thesenpapier des CSU-Kreisverbands Dachau zur Zuwanderung von Migranten nach Deutschland und Bayern

Deutschland und insbesondere der Freistaat Bayern sind aktuell Sehnsuchts- und Zielland vieler Menschen. Sie suchen bei uns ein Leben, in dem sie – anders als in ihrer Heimat - nicht um ihr eigenes Leben und die eigene Gesundheit bangen müssen. Viele suchen auch eine Chance, sich mit ihrer eigenen Hände Arbeit etwas aufzubauen.

Die Zuwanderung stellt unsere Gesellschaft vor immense Herausforderungen. Auch unsere Ressourcen sind endlich, viele Mitbürgerinnen und Mitbürger haben Angst vor Überfremdung oder vor der Gefährdung ihres eigenen kleinen Wohlstands, den sie sich über die letzten Jahrzehnte aufbauen konnten. Dies birgt gesellschaftlichen Sprengstoff, wie die politische Entwicklung in ei-

nem weiteren „Sehnsuchtsland“ in Europa zeigt: in Schweden haben die Zustimmungswerte für rechte und rechts-radikale Parteien jüngst signifikant zugenommen. Aufgabe aller gesellschaftlichen und politischen Kräfte muss es sein, auf die Herausforderungen und Ängste Lösungen und Antworten zu geben.

Deshalb stellt der CSU-Kreisverband Dachau die nachfolgenden Thesen auf und bittet die Mandatsträgerinnen und Mandatsträger auf sämtlichen Ebenen, an deren Umsetzung mitzuwirken:

- Der CSU-Kreisverband Dachau fordert:  
Eine wirksame Bekämpfung und konsequente strafrechtliche Verfolgung der Schleuser auf internationaler und europäischer Ebene
- Der CSU-Kreisverband Dachau fordert:  
Effektive Maßnahmen in den Herkunfts- und Transitländern, um die Menschen davon abzuhalten, bei ihrer Reise über das Mittelmeer ihr Leben aufs Spiel zu setzen.
- Der CSU-Kreisverband Dachau fordert:  
Die staatlichen Strukturen in den Herkunftsländern zu stabilisieren und damit die Lebensbedingungen vor Ort zu verbessern. Die Menschen wollen nämlich grundsätzlich in ihrer angestammten Heimat leben. Es ist über entwicklungspolitische Leistungen auch unsere Aufgabe, ihnen dies – im Wege der Hilfe zur Selbsthilfe – zu ermöglichen.
- Der CSU-Kreisverband Dachau fordert:  
Eine gerechte Verteilung der Asylbewerber innerhalb der Europäischen Union, einheitliche Mindeststandards bei der Unterbringung von Asylbewerbern in allen EU-Mitgliedsstaaten sowie eine solidarische Verteilung unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge zwischen den Bundesländern.
- Der CSU-Kreisverband Dachau fordert:  
Einen einfachen und unkomplizierteren Zugang zu Deutschkursen und Informationen über unser Gemeinwesen (Staatsbürgerkunde).
- Der CSU-Kreisverband Dachau fordert:  
Weitere Länder – insbesondere des Balkans (etwa Albanien, Kosovo und Montenegro) – in die Regelung sicherer Drittstaaten aufzunehmen.
- Der CSU-Kreisverband Dachau fordert:  
die Wiedereinführung der Visapflicht für die Staatsangehörigen von Albanien, Bosnien und Herzegowina, Mazedonien, Montenegro und Serbien.
- Der CSU-Kreisverband Dachau fordert:  
Eine deutliche und bedarfsgerechte Aufstockung des Personals in den für das Thema Zuwanderung zuständigen Behörden und Gerichten. Die Asylanträge müssen rasch bearbeitet, die Asylverfahren so intensiv wie nur möglich beschleunigt werden. Abgelehnte Asylbewerber müssen konsequent zur Ausreise motiviert oder abgeschoben werden.
- Der CSU-Kreisverband Dachau fordert:  
Die Unterstützung der Kommunen durch den Freistaat und den Bund bei der Schaffung der notwendigen Infrastruktur - insbesondere von Wohnraum in Ballungsgebieten - für anerkannte Asylbewerber. Nach aktueller Zuständigkeitsverteilung tragen die Kommunen für die Unterbringung von anerkannten Flüchtlingen und so genannten Fehlbelegern Verantwortung.

- Der CSU-Kreisverband Dachau fordert:  
Eine nachhaltige Unterstützung der caritativen und ehrenamtlichen Helferkreise.
- Der CSU-Kreisverband ist dankbar, dass eine Welle der Hilfsbereitschaft durch unser Land geht. Groß ist der Einsatz der Ehrenamtlichen, die die Asylbewerber auf ihrem Weg in die Selbstständigkeit befähigen und intensiv unterstützen. Hierfür sagt der CSU-Kreisverband „Vergelt´s Gott“.

## **Seidenath: Kultusministerielle Wertschätzung für Angebote der Berufsschule Dachau für Asylbewerber**

"Die Berufsschule Dachau wird am neuen Projekt 'Perspektive Beruf für Asylbewerber und Flüchtlinge' teilnehmen. Damit ist sie eine von 21 Berufsschulen in Bayern und eine von 6 Berufsschulen in Oberbayern, die am neuen Modellprojekt der Stiftung Bildungspakt Bayern teilnehmen werden. Dies hat mir auf meine Nachfrage hin Kultusminister Dr. Ludwig Spaenle mitgeteilt", erklärte Bernhard Seidenath, MdL, heute in Dachau und fügte hinzu: „Ich freue mich sehr über diese Nachricht aus dem Kultusministerium. Die Teilnahme ist eine enorme Anerkennung und tolle Wertschätzung für die Berufsschule Dachau und ihr Engagement für Asylbewerber und Flüchtlinge seit mehr als zwei Jahren. Mein Dank gilt hier insbesondere den Lehrerinnen, Lehrern und dem Rektor der Berufsschule Dachau, Johannes Sommerer, die sich alle gemeinsam für die intensive Förderung und Begleitung der jungen Flüchtlinge einsetzen. Danke für dieses Engagement und Gratulation zur Teilnahme am Modellprojekt für die nächsten vier Jahre!“, betonte Seidenath.

Die weiteren am Modellprojekt teilnehmenden Berufsschulen in Oberbayern sind: die Staatlichen Berufsschulen Rosenheim, Altötting, Weilheim i.OB, Eichstätt und die Städt. Berufsschule zur Berufsvorbereitung am Bogenhauser Kirchplatz in München.